

Hoffen auf „Mitteldeutschland“ - Die Perspektiven der extremen Rechten in Deutschland

Martin Stadelmaier, geb. 1958, Studium der Geschichte und des Spanischen, ist Referent beim SPD-Parteivorstand in Bonn.

Die Öffnung der Mauer im November 1989 hat viele Karten neu gemischt. Auch im Bereich des Rechtsextremismus¹ hat es tiefgreifende Veränderungen gegeben. In der Bundesrepublik scheint die extreme Rechte zurückgeworfen, wie es noch im Sommer 1989 selbst für die größten Optimisten kaum vorstellbar war. In der DDR dagegen treten seit den Demonstrationen im Januar 1990 - Verbote hin, Strafandrohungen her - Rechtsextreme aller Schattierungen zunehmend an die Öffentlichkeit. Der verordnete Antifaschismus erweist sich als hohl - wieweit der angerichtete Flurschaden geht, wird sich erst in den kommenden Jahren herausstellen. Will man die Situation des Rechtsextremismus und seine Basis im Sommer 1990 analysieren, so wird man sich - BRD und DDR zunächst getrennt - verschiedene Szenarien Gesamtdeutschlands in der Perspektive ansehen müssen.

L

Vor etwa einem Jahr - vielleicht angeregt durch den Druck, das „Sommerloch“ füllen zu müssen - sah der „Stern“ Franz Schönhuber und seine „Republikaner“ kurz vor der Macht(Übernahme). Was da sensationsheischende Journalisten auftischten, wurde ansonsten nur in Kreisen militanter selbsternannter Antifakämpfer für bare Münze genommen. Aber erinnern wir uns:

¹ Die Begrifflichkeit des Rechtsextremismus ist äußerst schillernd. Ich verwende ihn - bei aller Unzulänglichkeit - für Personen, Gruppen, Organisationen, aber auch Einstellungen, die sich in zwei zentralen inhaltlichen Punkten treffen: a) den Angriff auf das Gleichheitsprinzip, das heißt die Gleichwertigkeit aller Menschen, auf die Menschenrechte, in der Konsequenz auf Demokratie, Toleranz und Freiheit. Dieser ist verbunden mit einer b) institutionell oder personell angewandten Gewaltperspektive.

Die REP hatten mit Erfolg die Landtagswahl in Berlin, diverse Kommunalwahlen und mit 7,5 Prozent der Stimmen die Europawahl bestritten. In ihrem Fahrwasser kam die NPD in Frankfurt auf 6,6 Prozent. Wenn nicht in diesem Maße, so hatten zahlreiche Wahlen zuvor, aber auch andere gesellschaftliche Frühwarnsysteme, signalisiert, daß die extreme Rechte zunehmende Resonanz findet. Davon soll später die Rede sein. Entscheidend ist, daß mit den REP seit langem wieder eine rechtsextreme Partei erfolgreich war - und zwar im doppelten Sinne: Die Union machte deutliche Zugeständnisse, die politische Landschaft war aufgemischt. Ideologisch bilde(te)n sie einen Brückenkopf zwischen konservativ-deutsch-nationalen Kräften der Union und autoritär-faschistoiden bis modernisiert faschistischen Politikangeboten. Dem rechtsextremen Lager schien sich ein neues Gravitationszentrum zu bieten, die Deutsche Volksunion Liste D und die Nationaldemokratische Partei (NPD) sahen sich endgültig in die Statistenrolle gedrängt. Der Neonazi-Szene, von der Wiedererrichtung des Dritten Reiches überzeugt, war und ist der Parteienkram ohnehin zu lasch - von willkommenen, Randalen verheißenden Ordnerdiensten abgesehen.

Eine Vielzahl von Autoren² hat den Aufstieg der REP treffend analysiert. Meinungsforschungsinstitute haben Motivation von Wählern/innen untersucht, und nicht zuletzt hat die SPD sich der Aufgabe unterzogen, vor allem den REP-Wählern nachzuspüren, die ihr verlorengingen. Um den gegenwärtigen Niedergang der REP zu erklären, ist es wichtig, sich noch einmal politische wie soziostrukturelle und sozialökonomische Gründe für ihren Aufstieg zu vergegenwärtigen.

1. Von vielen Wählern der Konservativen wurde ein Ausbleiben der „geistig-moralischen“ Wende beklagt. Das bezog sich auf die Familienpolitik ebenso wie auf Fragen der inneren Sicherheit und der Erziehung. Der Kern der Kritik richtete sich gegen eine verfehlte Deutschlandpolitik und die Fortsetzung der Entspannungsbemühungen. Diese Wahrnehmung ist völlig durch die Entwicklung der deutschen Frage und die Herstellung der Einheit zwischen DDR und BRD überlagert worden. Die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 mag so manchem erstrebenswert erscheinen, der gegenwärtige Prozeß versöhnt wieder mit der Union. Aber,... auch hier wird noch zu differenzieren sein.

2. Die REP sind von ihrer Wählerschaft in erster Linie über die Frage der Ausländer- und Asylbewerberpolitik wahrgenommen worden. Die anderen Parteien hatten hier in den Augen der REP-Wähler nichts zu bieten. Bereits im Jahre 1988/89 war deutlich absehbar, daß diese Frage vom stark angeschwollenen Zuzug von Aus- und Übersiedlern überlagert wurde. Die extreme Rechte insgesamt steckte in der Klemme: Ideologisch sind alle diese Menschen Deutsche, also bevorzugt zu behandeln. In den Augen ihrer Klientel

2 Siehe z. B. R. Stöss, Die „Republikaner“; P. Glotz, „Die deutsche Rechte“; versch. Autoren in „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 6. 10. 1989; C. Leggewie, „Die Republikaner“. K. H. Klär/M. Ristau/B. Schoppe/M. Stadelmaier, „Weder verharmlosen, noch dämonisieren“, Die Wähler der extremen Rechten.

aber waren die Neuankömmlinge oftmals Fremde aus einer anderen Welt. Ihre Berechtigung, in diesem Land zu leben und sogar Vergünstigungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung zu erhalten, wurde bestritten, ja oftmals ausdrücklich gegen die erarbeiteten Rechte länger in der BRD lebender Ausländer gesetzt. Die REP hielten diesen Spagat nicht durch.

3. Der Funktionärskader der REP rekrutiert(e) sich zunehmend aus Mandatsträgern anderer rechtsextremer Formationen, zwielichtigen Gestalten und so weiter. Der Parteivorsitzende selbst legte davon in diesem Frühjahr Zeugnis ab. Durchstechereien, Skandale, dubiose Machenschaften drangen zunehmend an die Öffentlichkeit und ramponierten nachhaltig das Bild der selbsternannten „Saubermänner“. Die bis in erhebliche Teile der Union reichende organisationspolitische Isolierung der falschen Republikaner mag dazu ebenfalls beigetragen haben.

Parteipolitisch gesehen ist die extreme Rechte im Niedergang. Ob die bayerische Landtagswahl zu einer bundesweit ausstrahlenden Renaissance der REP führen wird, ist offen. Aber schon ein relativer Erfolg würde das Überleben sichern. Bei den Wahlen am 2. Dezember würde dann eine neue Runde eingeläutet.

Ungeachtet aller wahlpolitischen Erfolge der extremen Rechten hat die Forschung, insbesondere die Jugendforschung, immer wieder darauf hingewiesen, daß die eigentliche Brisanz des Rechtsextremismus in weitverbreiteten Einstellungs- und Orientierungsmustern liegt. Sie fügen sich keineswegs quasi automatisch zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, auch nicht zu elektoraler Zustimmung oder gar zur Aktivierung in einer rechtsextremen Partei. Sie sind ein Potential, das sich unter bestimmten Konstellationen zusammenbinden läßt. Einen Vorgeschmack haben wir durch die REP 1989 erhalten.

Aus der Jugendszene der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Anzeichen für Entwarnung. Rechtsextreme Jugendcliquen und -kulturen haben ungebrochenen Zulauf. Die Bereitschaft etablierter Politik, aber auch von Gewerkschaftsarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene - und nicht nur da -, durch die Förderung und Initiierung politisch-pädagogischer Projekte auf diese Entwicklung zu reagieren, ist übrigens erschreckend gering, ja sie sinkt - soweit vorhanden - in dem Maße, wie sich diese Stimmung wahlpolitisch nicht artikuliert. Dies wird sich rächen - auch mit Blick auf die dritte und vierte Generation hier lebender ausländischer, meist türkischer Jugendlicher, die mit zunehmender Aggressivität ihren Anspruch anmelden, in dieser Gesellschaft „eine Rolle zu spielen“.

Es zeugt von einer gravierenden Fehleinschätzung, wenn geglaubt wird, die soziostrukturellen Ursachen für ein Erstarken des Rechtsextremismus seien angegangen oder gar beseitigt:

a) Die Modernisierungsprozesse der Industriegesellschaft weisen nach wie

vor die ihnen eigentümliche Dialektik auf. Sie erzeugen Gewinner und Verlierer. Die Kluft zwischen beiden Gruppen in der BRD wird immer größer.

b) Tatsächliche (nicht die vielen vermeintlichen) Ungerechtigkeiten, oft kleinräumig wirksam, sind kaum korrigiert. Zwar hat es Verbesserungen beim Pflegepersonal oder der Polizei gegeben, aber wer wollte bestreiten, daß dies Tropfen auf den heißen Stein und keine in den Kern zielenden Maßnahmen sind. Wo bleibt eigentlich der Aufschrei in dieser Republik, wenn zum Beispiel das Kindergeld erhöht, bei Sozialhilfeempfängern aber nach wie vor von der Sozialhilfe abgezogen wird?

c) Rechtsextremismus - Verhalten wie Votum - steht im Zusammenhang mit einer schwierigen Entwicklung der Metropolen, insbesondere ihrer Peripherie und dem Hinterland. Kulturelle Perspektivlosigkeit mischt sich dort mit einer unbefriedigenden Arbeitssituation, ja oft mit Arbeitslosigkeit. Problematische Wohnungs- und Mietverhältnisse prägen das Bild ebenso wie trostlose Freizeitmöglichkeiten. Was Spaß macht, kostet viel, meist viel zu viel Geld. Ähnliches gilt für das Hinterland - abgehängt von den stadtnahen Bereichen, im Windschatten von Verkehrs-, Arbeits- und Kommunikationsmöglichkeiten.

d) Die Deformationen der politischen Kultur in der Bundesrepublik können nicht nachdrücklich genug verdeutlicht werden. Die Kritik an Politik wird nicht nur von REP-Wählern geteilt. Diese Distanz zur Politik ist nicht zwangsläufig eine Krise des demokratischen Prinzips. Korruptionen, Skandale, Selbstbedienung, praxisferne Entscheidung- „Die tun ja eh, was sie wollen“ -, sie alle sind Ausdruck dieser Entwicklung. Das Einbringen von Partikularinteressen und deren Artikulation bis hin zum Sündenbockprinzip und deren Durchsetzung bestimmen oft das Bild. Anders gesagt: Unter schwarz-rot-goldener Einheitseuphorie wird Verdruß erkennbar. Er artikuliert sich nicht in lautstarkem Protest, dazu fehlen die organisierenden Zentren. Aber es könnte zu einer Abkehr von der Politik kommen, zum Ausdruck gebracht durch Rückzug, Enthaltung und die rücksichtslose Verfechtung eigenster Interessen. Davon kann langfristig die extreme Rechte profitieren. Es wäre eine Verkennung der Tatsachen zu glauben, an den gesellschaftlichen Dispositionen, von denen vor einem Jahr die REP profitierten, habe sich irgend etwas grundlegend geändert. Die politischen Konstellationen sind andere. Gerade das letzte Jahr hat gezeigt, wie schnell sie sich ändern können.

II.

Die Hoffnung der arg gebeutelten bundesdeutschen Rechtsextremen richtet sich auf die Bevölkerung der DDR. Von der Ablehnung des alten Regimes möchten sie ebenso profitieren wie von geplatzten Träumen in der ökonomisch-sozialen Trümmerlandschaft, die die SED/PDS, verschärft durch die übereilte Kohlsche Währungsunion, hinterlassen hat. Dieses mögliche Potential ist in der DDR vorhanden, auch wenn man mit Blick auf die heutige Situation den Hinweis des Dokumentarfilmers Roland Steiner teilen kann, Grund zur „Panik“ bestehe nicht.

Rechtsextremistische Bestrebungen gibt es in der DDR seit langem. Nur die, die vor 1989 nie in der DDR waren oder nur zu bereitwillig auf den ausgelegten Leimrouten des Regimes krochen, konnten sie ignorieren. Seit den achtziger Jahren waren sie nicht nur in den Nischen der dortigen Gesellschaft zu finden. Wer je bestimmte Fußballspiele der DDR-Oberliga besuchte, konnte jene Töne deutlich vernehmen, die man aus westdeutschen Stadien kennt. Ausländerfeindliche Stimmungen, überdeckt von einer tönernen internationalen Solidarität, wurden - wie gegen die Polen - gefördert. Es waren Verbote einer Entwicklung, durch westdeutsche Vorbilder zusätzlich inspiriert, die bereits Mitte der achtziger Jahre zu einer rechtsextremen Szene führte, die teils in Jugendkulturen und -cliquen offen, teils völlig integriert in den Arbeitsprozeß als sogenannte „Faschos“ auftraten. Eine der wenigen Untersuchungen über die Sozialstruktur rechtsextremer Potentiale weist - bei aller Vorsicht - auf einen auffallend starken Anteil an Facharbeitern und Lehrlingen.³ (Es gibt kaum nennenswerte Untersuchungen über den Rechtsextremismus in der DDR. Meine Ausführungen basieren auf Eindrücken und sind deshalb vorläufig und sicherlich nicht immer richtig gewichtet.)

Interessant ist der Hinweis von Benno Fischer, „daß bei Mitgliedern rechtsextremistischer Gruppierungen die Arbeit und die Arbeitsdisziplin einen ausgesprochen hohen persönlichkeitsstrukturierenden, identitätsstiftenden und ideologieproduzierenden Stellenwert erhalten.“⁴ In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß das DDR-System ab Mitte der siebziger Jahre durch eine zunehmende Reproduktion seiner Berufsgruppen gekennzeichnet war, das heißt Aufstiegschancen, insbesondere für die Arbeiterschaft, wurden immer geringer.

Neben einer mehr oder minder „organisierten“ rechtsextremen Szene der DDR bis zum Fall der Mauer gab es einige längerfristig angelegte Dispositionen, die Einfallstore für autoritär-intolerante Politikangebote sein können (aber nicht *müssen*):

- In der Bevölkerung der DDR gibt es erhebliche Anteile, die bestenfalls Bruchstücke einer demokratisch-freiheitlichen Kultur verinnerlicht haben. Das ist ihnen nach 40 Jahren Diktatur und 12 Jahren nationalsozialistischen Terrorregimes nicht vorzuwerfen. Die Folgewirkungen einer formierten Gesellschaft, die neben Widerstand und Aufbegehren eben in erster Linie Anpassung erzeugt hat, werden noch weit tragen. Die Zerstörung einer demokratischen politischen Kultur - soweit sie zum Beispiel in der Arbeiterschaft den Nationalsozialismus überlebte - durch die SED und die Blockparteien war gründlich und ist verheerend.

- Es wäre falsch, den Mangel an Aufarbeitung und die Kontinuität des NS-Erbes im Lichte der Versäumnisse in der DDR für die Bundesrepublik als erledigt zu betrachten. Diese Mängelliste bleibt durchaus bestehen.

³ L. Niederländer, in: Neue Justiz 1790.

⁴ Benno Fischer, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Heft 4/90.

Mit der DDR ist auch ihr antifaschistischer Mythos zusammengebrochen. Zu Recht verweist Ralph Giordano auf die „abenteuerliche Lüge“ der DDR-Führung, „die Staat und Bevölkerung... sozusagen posthum zu einem Teil der Anti-Hitler-Koalition“ gemacht habe.⁵ Ungeachtet mancher (berechtigter) Säuberung gegenüber Ex-Nazis - Kontinuitätslinien zum NS-Regime sind unübersehbar. „Faschistische Traditionslinien“, so der Volkskammerabgeordnete Konrad Weiß, „personelle wie strukturelle, finden sich auch noch im sozialistischen Staat... Die kommunistische Kaderpartei beförderte nicht die Ausbildung demokratischer Tugenden, sondern betonte durch neue Privilegien Untertanengeist und Parteigehorsam. Das Führerprinzip ... erlebt unter anderen Vorzeichen eine Wiedergeburt.“⁶ Weitere Beispiele lassen sich mühelos finden: die Fortsetzung militärischer Traditionspflege, umgedeutet auf die napoleonischen Befreiungskriege und Preußens Gloria. Wer jemals das abstoßend-verlogene Zeremoniell am Mahnmahl für die Opfer von Faschismus und Militarismus in Berlin gesehen, die Pervertierung des Liedes der Arbeiterbewegung „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ zu einem Militärmarsch im Stehschritt gehört hat, dem mußte klar sein, daß die „Aufarbeitung“ des Nationalsozialismus vielleicht dessen ökonomischen Ursachen, sicherlich aber nicht seine psychologische, kulturelle und politische Basis aufgedeckt hat. So unzureichend sie auch in ihrer Wirkung gewesen sein mag, die antiautoritäre Studentenbewegung der sechziger Jahre hat in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet Entscheidendes in Gang gebracht. Die Bevölkerung der DDR wird sich auch dieses Stück der Vergangenheitsbewältigung nicht ersparen können.

- Daraus folgt, daß in der DDR die Fähigkeit zum Diskurs, zur Toleranz, zur kritischen Begleitung eigener und gesellschaftlicher Entwicklungen nur schwach ausgeprägt ist. Polizeistaat und Mauer haben ein Klima weitverbreiteter - institutionell und auch personell angewandter - Gewaltbereitschaft entstehen lassen. Die Ausschreitung gegen die verschwindend wenigen Ausländer in der DDR haben einen Vorgesmack davon gegeben, was zu erwarten ist, wenn sich (soziale) Konflikte verschärfen. Vor allem für die extreme Rechte und ihre Anhänger in der DDR gilt zweifellos: Gewalt wird in einem für die BRD ungewöhnlich hohen Maße als Bestandteil politischer Aktion akzeptiert. Da ist Gegengewalt das falsche Mittel; phantasiervolle Aktionen erreichen oft mehr. Das zeigt die Auseinandersetzung mit den REP und der DVU. Allerdings darf die Polizei politisch nicht aus der Verantwortung des Schutzes aller Bürger entlassen werden. Und vor allem: Demokraten müssen im Zweifel zur Verteidigung gegen Übergriffe der extremen Rechten entschlossen sein.

- Für die BRD wie für die DDR gilt: Rechtsextremismus entsteht nicht am Rande der Gesellschaft. Er hat seine Quellen in zentralen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Auch in der DDR waren die Verwerfungen ökonomischer und sozialer Modernisierung spürbar. Zur Entwicklung

⁵ Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder von der Last, Deutscher zu sein.

⁶ K. Weiß, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 4/90.

von Peripherie und Metropolen, zur Freizeitsituation, zur Wohnqualität ist Ähnliches zu sagen wie im Westen. Im Osten kommen die Tristesse des Alltags, des Konsums, fast aller öffentlichen Lebensbereiche, vor allem aber die politische Entfremdung hinzu.

- Der Zusammenbruch des pseudosozialistischen Systems geht mit einem Verlust an Orientierung und an Werten einher, der nur oberflächlich durch das Weitesystem der BRD ersetzt wird. Mit der Desorientierung und Destabilisierung des gesellschaftlichen und politischen Normensystems öffnen sich Lücken, in die die extreme Rechte verstoßen kann. Nationalismus erscheint manchem als letzte feste Größe. Der Leipziger Kriminologe Wolfgang Brück verweist auf Traditionen. Mit der (vor allem anti-polnisch gemeinten) Formel vom „Sozialismus in den Farben der DDR“ habe man sogar einen DDR-Nationalismus proklamiert, an dem im doppelten Sinne angeknüpft werden könne. Die Verpönung, sich als Deutscher zu fühlen, so die DDR-Ausländerbeauftragte Almuth Berger, führe jetzt zum „anderen Extrem“.⁷

III.

Peter Glotz hat darauf verwiesen, daß durch den Zusammenbruch des Ostblocks und die Entwicklung der Sowjetunion ein „reputierlicher parlamentarischer Nationalismus“ auf die Tagesordnung gesetzt werde, der in einigen Ländern (so darf man hinzufügen) vom Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte entkoppelt und auf mittlere Sicht gegen ein Zusammenwachsen Europas gerichtet sein könne. Die Frage lautet, inwieweit ein solcher partikularistischer Nationalismus in Deutschland wirksam ist oder wird. Es gibt gegenwärtig Anzeichen für beide Entwicklungslinien. Nationale Symbolik, deutsche Fahnen und so weiter haben Konjunktur - Ereignisse nach dem Gewinn der Fußballweltmeisterschaft haben das deutlich gemacht. Dies muß nicht negativ sein. Bei manchem Sozialdemokraten ist die Sucht nach einer eigentümlichen „Normalität“ zu verzeichnen. Generationsspezifische Unterschiede spielen dabei eine Rolle. Frankreich wird oft als Vorbild genannt, wobei ein Blick über Rhein und Mosel zeigen müßte, wie wenig „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ im Blau-Weiß-Rot den Umgang mit Minderheiten und Ausländern in Demokratie und Toleranz erleichtern. Der vor kurzem verstorbene Historiker Martin Broszat hat zu dieser „deutschen Sehnsucht“ angemerkt: „Wer den Bürgern der Bundesrepublik den selbstkritischen Umgang mit ihrer älteren und jüngeren Geschichte wegschwatzen will, raubt ihnen eines der besten Elemente politischer Gesittung, das seit den späten 50er Jahren allmählich in diesem Staatswesen entwickelt worden ist. Am verräterischsten ist dabei die fundamentale Verkennung, als sei die durch Not erworbene moralische Sensibilität gegenüber der eigenen Geschichte ein kultureller und politischer Nachteil, verglichen mit anderen Nationen, und als gelte es, deren aus historischen Gründen oft robusteres oder naiveres und politisch meist schädliches historisches Selbstbewußtsein zu kopieren“⁸. Dies galt und gilt auch für die nationale Frage.

⁷ Almuth Berger, in: Frankfurter Rundschau vom 27. 7.90.

⁸ Martin Broszat, in: Die Zeit vom 3.10.1986.

Die Signale aus der Union sind zwiespältig. Während der deutsch-deutsche Einheitsprozeß erfreulich nüchtern gehalten wird, hat sie im Kontext des Historikerstreits oder auch im hessischen Kommunalwahlkampf (Stoppt das Scheinasylantentum) nachgewiesen, wozu sie fähig ist, wenn das Fahrwasser schwierig wird. Noch „freut sie sich“, auf ihren Plakaten „auf Deutschland“ und vermeidet peinlichst blonde Haare und blaue Augen. Für die politische Kultur des neuen Deutschland wird es wichtig sein, bis in die Reihen der Konservativen nach Bündnispartnern für eine offene, tolerante, friedliche, europäisch eingebundene Gesellschaft zu suchen.

Die extreme Rechte legt ihre Fallen aus. Sie hofft, daß die Enttäuschung erheblicher Teile der Bevölkerung der ehemaligen DDR - angesichts ausbleibenden schnellen Wohlstands - sich am vermeintlich Letzten aufrichtet, was bleibt - dem „Stolz, ein Deutscher zu sein“, der Größe der Nation. Sie wird definiert und erprobt in der Auseinandersetzung mit Minderheiten, im Aufgreifen alter Ressentiments, im Versuch, großdeutsche Träume zu mobilisieren. Von zu vielen Seiten kommen gegenwärtig - oftmals unbewußt - Töne, die ein solche Tendenzen förderndes politisches Gesamtklima erzeugen. Hier gilt es, entschieden gegenzuhalten. Auch gegen die „Bewegung des gewaltlosen, aber entschieden Revisionismus“, dies- und jenseits der Oder-Neiße-Linie, wie ihn die Vertriebenenverbände propagieren, muß vorgegangen werden. Die „Blut- und Boden“-Paragraphen des Grundgesetzes müssen endlich gestrichen werden. Die deutsche Linke hat sich einer nationalen Frage nicht in dem Sinne zu stellen, daß sie die Konservativen in nationaler Symbolik oder im Sinnieren über Patriotismus zu übertreffen habe. Die Ausgestaltung von Verfassung und ihrer Realität, die Bewahrung der Natur in einer leistungsfähigen Industriegesellschaft, das Bemühen um soziale Gerechtigkeit sind eigenständige Aufgaben, auch gegen rechts und rechtsaußen. Eine solche Politik braucht auch ihre demokratische Symbolik.

(Hier ist nicht Platz genug, eine gravierende Entwicklung in Italien ausführlich zu erörtern. Der Erfolg regionaler Ligen weist auf ein politisches Problem, das es zu erörtern gilt. Das Konzept, europäische Strukturen und zugleich regionale Bindungen zu Lasten einer nationalstaatlichen Orientierung zu stärken, hat offenkundig zumindest bezüglich des Abbaus von Vorurteilsstrukturen und Ausgrenzungsprozessen seine Grenzen. An dieser Stelle muß dieser Hinweis genügen.)

Nationalistische Töne der extremen Rechten sind eng mit der Frage des Umgangs mit hier lebenden Ausländern, Asylbewerbern und Aussiedlern verbunden. Es besteht die Gefahr, daß vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Konflikte im Osten Deutschlands und ihrer Ausstrahlung nach Westen die Ausländerfrage wieder grundsätzlich gestellt wird. Die Antwort der extremen Rechten ist klar: Ausländer raus! Der Sündenbock für fehlende Arbeitsplätze steht für sie bereit. Sie wird versuchen, Nutzen aus der „Erkenntnis“ so manchen ehemaligen DDR-Bürgers zu ziehen, daß im Westen des Landes Ausländer leben, die Arbeit und Einkommen haben, ja sich einen

gewissen Wohlstand erarbeitet haben. Die Empfänglichkeit für einfache Formeln wird vermutlich wachsen, auch angetrieben durch eine vom Westen gepflegte Ignoranz der Realität bundesrepublikanischer „Lebensqualität“. Sie ist nicht binnen kurzem herstellbar.

Die REP und Co. werden auch versuchen, durch das Schüren von Haß und Vorurteilen gegenüber Asylbewerbern zu profitieren. Es darf keinen Zweifel daran geben, daß das Grundrecht des Asyls nicht angetastet wird. Jeder Versuch, hier Veränderungen vorzunehmen, stärkt nicht nur die extreme Rechte in ihrer Agitation, viel entscheidender ist, daß er an einem Eckpfeiler des Selbstverständnisses einer Linken und liberalen Grundrechtsauffassung rüttelt. Unbeschadet dessen jedoch kann man die Augen nicht davor verschließen, daß es für alle Beteiligten schwer erträglich ist, daß die Verfahren zur Feststellung der Asylberechtigung so langwierig sind. Dies gilt auch für die Abschiebung. Unterhalb der Grundgesetzregelung gibt es ohne Zweifel Handlungsbedarf, zumal das Ignorieren von Schwierigkeiten jenes Sammelsurium von Halbwahrheiten entstehen läßt, von dem die extreme Rechte zu profitieren wünscht. Es ist dringend geboten, in Deutschland ein Einwanderungsgesetz zu verabschieden. Die demokratische Nagelprobe sollte nicht unter dem Eindruck einer hunderttausendfachen Zuwanderung aus Osteuropa, der Sowjetunion und anderen Regionen bei gleichzeitiger millionenfacher Arbeitslosigkeit gemacht werden. Auch hier sollte uns der Blick zum Nachbarn Frankreich Warnung genug sein.

Gerade mit dem Blick auf die ehemalige DDR ist es wichtig, alle multikulturellen Bemühungen zu verstärken. Vom Gegenhalten, von der täglichen Zivilcourage, vom demokratischen Alltagsbewußtsein hängt ab, ob die extreme Rechte erfolgreich sein kann. Es bereitet Sorge, daß Politik wie Intellektuelle, Gewerkschafter und Kirchen, vor allem im Osten Deutschlands, zu diesen Problemen schweigen, ja, sie zum Teil als solche gar nicht erkennen. Es gibt zu denken, wie sang- und klanglos beispielsweise das Wahlrecht für Ausländer in der DDR beerdigt wurde. Die Geschichte der BRD zeigt, daß ökonomisch-kulturelle Faktoren wie ein massenhafter Tourismus, Werbekampagnen nach dem „United Colors“-Strickmuster oder eine hohe Exportabhängigkeit fremdenfeindliche Stimmungen langfristig reduzieren können. Aber, darauf allein zu setzen ist zu wenig.

Längst vor der kürzlichen Aufhebung des Verbots haben sich rechtsextreme Parteien und Organisationen aller Schattierungen intensiv um den Aufbau „mitteldeutscher“ Filialen bemüht, von der Existenz der hart am rechtsextremen Rand operierenden Deutschen Sozialen Union völlig abgesehen. Ihre Präsenz sollte nicht unterschätzt werden. Die Brisanz liegt gegenwärtig in einer sich über die ehemalige DDR auffrischenden jugendlichen Neo-Nazi-Szene. Sie strahlt aus in Jugendkulturen und -cliquen. Sie haben gute Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus, vor allem, wenn es um die „Bewährung in der Tat“ geht. Sie träumen vom Dritten Reich, vom Führer, wollen „Kanaken raus“ haben und die Demokratie abschaffen. Sicher geht es

nur um eine kleine Minderheit, aber sie hat das Potential, ein friedliches Zusammenleben nachhaltig zu stören. Aus dem Westen kennen wir solche Gruppen nur regional, zum Beispiel im Großraum Hannover-Hildesheim oder Hamburg. Bei ihrem Umfeld, den Sympathisanten und Mitläufern, finden sich alle dem Politischen weitgehend entzogenen Elemente jugendlichen Protestes und Aufbegehrens.

Gleichwohl ist die Initiierung (politisch) pädagogischer Projekte wichtig. Dafür gibt es im Westen erfolgreiche Ansätze, wenn sie auch oft ein stiefmütterliches Dasein führen. Aber ohne Zweifel gilt für Jugendliche wie Erwachsene: Die Lösung oder Milderung sozialer und ökonomisch (-ökologischer) Probleme, vor allem die allgemeine und individuelle Auflösung der Schwierigkeiten um eine qualifizierte Ausbildung und einen Arbeitsplatz sind zentral wichtig, um der extremen Rechten den Boden zu entziehen. Um ein Beispiel zu nennen: Jugendliche, die mit den Rechtsextremen sympathisieren, unterscheiden sich in ihren Lebensplänen nicht nennenswert von ihren Altersgenossen. Das Beispiel Schweden zeigt, wie Vertrauen gewonnen werden kann. Jugendlichen muß eine qualifizierte Berufsausbildung und der Einstieg ins Berufsleben garantiert werden. Zeitlich befristete Arbeitsplatzgarantien sind dafür ein geeignetes Instrument.

Mit Blick auf Jugendliche im Osten Deutschlands, aber nicht nur da, steht das Problem der Darstellung und Aufarbeitung von Nationalsozialismus und Stalinismus. Beides wird nur in breitem Maße erfolgen, wenn es Aufgabe der demokratischen Linken in diesem Land ist beziehungsweise bleibt. Die Konservativen scheinen auf ein „Tauschgeschäft“ besonderer Art zu setzen. An den Verbrechen des Stalinismus beziehungsweise des DDR-Regimes soll nur dann gerührt werden, wenn es unvermeidbar ist. Im Gegenzug werden die „zwölf schrecklichen Jahre“ endlich zu den Akten gelegt. Beides darf nicht sein. Unserer Vergangenheit können wir nicht entfliehen. Die Schwierigkeiten sind klar: Der Nationalsozialismus wird in den Augen vieler junger Menschen zunehmend zur weit entfernten Vergangenheit, erst recht nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung. Berechtigte Sorgen um das tägliche Fortkommen werden die Bereitschaft der ehemaligen DDR-Bevölkerung, sich mit ihrer - meist problematischen - Vergangenheit auseinanderzusetzen, nicht erhöhen. In beiden Fällen bleibt die Notwendigkeit, Erinnerung wach zu halten, historische Differenz nicht zu erwischen, aufklärerischen Unterricht zu betreiben und zur Beschäftigung mit der Geschichte seiner Lebenswelt anzuregen. Es geht für die Linke um die Initiierung eines historisch aufklärenden Diskurses, um die Gestaltung von Geschichtsunterricht, vor allem um die Beschäftigung zahlreicher Jugendlicher in lokalen Projekten der Erinnerungsarbeit für die Zukunft.

Bückt man auf die Ausgangsposition der extremen Rechten im Moment, so ist sie ungünstig. Das ist gut so. Die Einfallstore für sie stehen jedoch weiter offen, als uns lieb sein kann. Sie müssen endlich und schnell geschlossen werden.